

Bürgerschaft und Schule

FORSCHUNGSPROJEKT Wie Bürgerschaftsideale den Verlauf der Gesamtschulreform prägten

Ein Forschungsprojekt an der Universität Luxemburg rekonstruiert, wie verschiedene Bürgerschaftsideale den Verlauf der Gesamtschulreform in den 1970er-Jahren prägten. Das Tageblatt publiziert an dieser Stelle den Abschlussbericht von Barbara Rothmüller, Matias Gardin und Ragnhild Barbu.

Von Barbara Rothmüller,
Matias Gardin und
Ragnhild Barbu
(Uni Luxemburg)

Luxemburg mit seinem Multikulturalismus und der Mehrsprachigkeit ist bildungspolitisch vor allem mit Diversität beschäftigt. Die aktuelle Suche nach einem Umgang mit der Heterogenität in den Schulklassen lässt fast vergessen, dass es in den 1970er Jahren eine starke Reformbewegung für eine „Einheitsschule“ auch in Luxemburg gab.

Gesamtschulreformen kamen in anderen europäischen Ländern, darunter Finnland, Schweden, Frankreich und Deutschland, Mitte des 20. Jahrhunderts auf. Die Idee, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Fähigkeiten und Herkunft gemeinsam in einer Schule unterrichtet werden sollten, war alles andere als neu. Sie wurde bereits 1906 als radikale sozialdemokratische Vision am Mannheimer Parteitag der SPD von Clara Zetkin und Heinrich Schulz in ihrem Beitrag zu „Volkserziehung und Sozialdemokratie“ vorgestellt. Deutschland führte die Gesamtschule schließlich als alternativen vierten Schultyp neben der

bestehenden dreigliedrigen Schulstruktur ein. In Skandinavien wurden die Bildungssysteme hingegen ganzheitlich reformiert. In Schweden etwa löste die Gesamtschule bereits 1962 die bestehenden Schultypen ab.

Die Gesamtschulreform in Luxemburg verfolgte einen eigenen Weg und orientierte sich zunächst an den Reformbemühungen Anfang der 1970er Jahre in Deutschland, nachdem der Deutsche Bildungsrat 1969 eine „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“ empfohlen hatte. Das „Luxemburger Modell“, der sogenannte „tronc commun“, sollte drei Schuljahre nach der Primärschule umfassen und somit alle Kinder bis zum Alter von 15 Jahren in einem gemeinsamen Schultyp unterrichten. Vor ihrer Implementierung sollte die Gesamtschule als Schulversuch eingerichtet und anschließend evaluiert werden.

Das Scheitern

Während in den skandinavischen Ländern die Gesamtschule erfolgreich umgesetzt wurde, scheiterte in Luxemburg die Reform. Den historischen Prozess der Reformbegründung und des Scheiterns untersucht aktuell ein Projekt unter der Leitung von Prof. Daniel Tröhler, das am „In-

„

Das Ziel der Reformbestrebungen war eine Demokratisierung der Gesellschaft und Gleichheit der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger

stitute for Education and Society“ der Universität Luxemburg angesiedelt ist. Das Projekt mit dem Titel „Educating the future citizens: Curriculum and the formation of multilingual societies in Luxembourg and Switzerland“ wird seit 2013 vom FNR und dem SNF gefördert. Das luxemburgische Projektteam erforscht, inwiefern verschiedene Staatsbürgerschaftsideale die luxemburgischen Bildungsreformen prägen und was Bürgerschaft für die Reformbeteiligten zu den verschiedenen Zeiten jeweils bedeutete. Bürgerschaftsvorstellungen sind dabei eng mit Fragen von Gleichheit, Nationalismus, Sprache und generell kulturellen und sozialpolitischen Dynamiken verbun-

den, wie das Projekt anhand der luxemburgischen „Mischkultur“-Bildung im 19. Jahrhundert und den Entwicklungen während der beiden Weltkriege in Luxemburg zeigen konnte. Aktuell konzentriert sich das Projektteam auf die bildungspolitischen Vorgänge in der Nachkriegszeit und erforscht, wie in den hitzigen Debatten um eine schulische Sexualerziehung, zu Gesamtschule, Religions- und Sprachunterricht oft implizit Bürgervorstellungen verhandelt wurden.

Im Fall der Gesamtschulinitiative ist die Prägung von Bildungsreformen durch unterschiedliche Staatsbürgerschaftsvorstellungen deutlich zu sehen: Das Ziel der Reformbestrebungen war eine Demokratisierung der Gesellschaft und Gleichheit der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger. Gleichheit bedeutete dabei gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die ein gemeinsamer Unterricht ermöglichen sollte. Eine stärkere interne Differenzierung des Unterrichts und ein kursbasierter Lehrplan in der Gesamtschule sollten die soziale Integration sicherstellen.

Allerdings hatte die sozialistische Bildungsreform in Luxemburg keinen leichten Start. „Das konnte sich damals niemand vorstellen, dass das Bildungswesen in sozialistische Hände fallen würde“, erinnert sich der damalige Staatssekretär des Bildungsministeriums Guy Linster im Interview mit den Forscherinnen der Uni Luxemburg daran, dass das Bildungsressort in Luxemburg traditionell von der CSV geleitet wurde. Als LSAP und DP schließlich ab 1974 das Bildungs-

geschehen bestimmten, regte sich Widerstand. Die Gesamtschulreform war von Beginn an Kritik ausgesetzt – von mehreren Seiten: „Den Konservativen ging die Reform zu weit, also für die CSV und die konservativen Lehrer ging es zu weit. Und den Linken ging es dann nicht weit genug“, fasst André Hoffmann die Reformbestrebungen zusammen, der sich damals im „Cercle de liaison des enseignants critiques“ (CLEC) engagierte. Dieser „Kreis der kritischen Lehrer“ kritisierte, dass die Gesamtschulreform zu sehr an kapitalistischen Arbeitsmarktanforderungen orientiert sei und es nur um gleiche Startchancen für die Kinder gehe, nicht aber um eine umfassende soziale Gleichheit in der Gesellschaft und eine wirkliche Demokratisierung.

Für die konservativen Kritikerinnen und Kritiker war Gleich-

„

Für die konservativen Kritikerinnen und Kritiker war Gleichheit gleichbedeutend mit 'Gleichschaltung'



Schulklasse, anno 1971
Archivbild: Romain Gallion

Der dieses Jahr erstmals veröffentlichte Nationale Bildungsbericht identifiziert große soziale Benachteiligungen in Luxemburgs Bildungswesen

heit hingegen gleichbedeutend mit „Gleichschaltung“, wie die historischen Dokumente zeigen. Viele fürchteten damals einen „Niveauperlust“ („nivellement vers le bas“) wenn gute und schlechte Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden würden, berichtet der langjährige Vorsitzende der LSAP Ben Fayot. Das hätte auch mit der Sprachsituation in Luxemburg zu tun, so Fayot weiter, denn „die Sprachen waren schon immer ein Hemmschuh im System“. Dabei hatte das Gesamtschulgesetz sogar eine interne Differenzierung der Kinder im dritten Schuljahr des „tronc commun“ vorgesehen. Obwohl die luxemburgische Gesamtschulreform also gar keine radikale Version der sozialistischen Einheitschule verfolgte, wurde die Reform als „Eintopfchule“ in einer Parlamentssitzung 1979 verunglimpft.

Vereinfacht formuliert lassen

die Forschungen an der Universität Luxemburg den Schluss zu, dass in den 1970ern mit der Gesamtschulreform ein Streit ausgelöst wurde darüber, was zukünftige Bürgerinnen und Bürger auszeichnen sollte. Linke Kritikerinnen und Kritiker in den 1970ern warnten vor der Ausbildung eines unterwürfig arbeitenden Bürgers: Die Schulreform verfolge nur „das Erlernen einer flotten Arbeitsmoral und Verinnerlichung des Leistungsprinzips“, schrieb zum Beispiel der Bulletin CLEC 1979. Eher dem konservativen Lager zuzurechnende Kritikerinnen und Kritiker fürchteten demgegenüber den Verlust eines sprachgewandten Bildungsbürgers und „eine Gleichschaltung in der Mittelmäßigkeit“, wie etwa die Zeitung der Sekundarlehrergewerkschaft „Association des professeurs de l'enseignement secondaire et supérieur“ (Apess) 1978 formulierte. Sie wollten sicherstellen, dass ein möglichst hohes Bildungsniveau des „Lycée classique“ gewahrt bliebe. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Ausschluss bestimmter sozialer Gruppen von gymnasialer Bildung zumindest in Kauf genommen, wenn nicht sogar teilweise aktiv angestrebt. Die Regierung selbst wollte ein höheres kulturelles Niveau für alle Bürgerinnen und Bürger Luxemburgs sicherstellen, wie der „Courrier de l'éducation nationale“ zum „tronc commun“ 1977 verkündete. Dabei sollte schulische Bildung unter dem Druck der Stahl- und Wirtschaftskrise in den 1970ern auch auf sich verändernde Arbeitsmarktbefehle reagieren können.

Mit der Wahl einer erneut konservativen Regierung 1979 verlief der gestartete Gesamtschulversuch in Düdelingen jedoch im Sand. Ein wichtiger Grund für das Scheitern der Reform konnte in dem FNR-Projekt „Educating the future citizens“ auf der Basis der gesichteten Dokumente und der geführten Interviews identifiziert werden: In dem Streit um

die Gesamtschule spiegelten sich auch die unterschiedlichen Interessen der Lehrervereine wider. Insbesondere die harsche Kritik an der Gesamtschule vonseiten der Apess lässt sich u.a. durch Statusverlustängste der Sekundarlehrerinnen und -lehrer erklären: Eine gemeinsame Schule für alle Kinder wäre auch eine gemeinsame Schule für alle Lehrerinnen und Lehrer. Was dies für die Gehälter der in Luxemburg äußerst unterschiedlich entlohnten Lehrergruppen bedeutete, konnten sich die Betroffenen ausrechnen.

Die Reform stieß deshalb „gegen massive Widerstände der Lehrer“, wie sich Ben Fayot erinnert. Er betont im Interview mit dem Forscherteam des „Institute of Education and Society“, wie wichtig es sei, Lehrerinnen und Lehrer in Reformen einzubinden: „Man kann schöne Gesetze machen, aber wenn die Leute, die das umzusetzen haben – ich meine jetzt nicht die Funktionäre, sondern die Lehrer – wenn die nicht mit-

machen, wenigstens ein Teil davon, dann geschieht nichts.“ Demokratisierung und mehr Gleichheit konnte man sich in den 1970ern in Luxemburg, wenn überhaupt, dann nur für Schülerinnen und Schüler vorstellen, und selbst hier schien der Erhalt einer Bildungselite, die zum Studium ins Ausland ging, für viele wichtiger als eine soziale Öffnung der Gymnasialbildung. Demokratisierung und mehr Gleichheit für Lehrerinnen und Lehrer hingegen war nur am Rande ein Thema, und noch dazu ein sehr kontroverses. Dabei war gerade für die Gesamtschulreform die Einbindung und Gleichheit von Lehrerinnen und Lehrern eine wichtige Voraussetzung.

Eine Herausforderung

Bildungsgleichheit ist nach wie vor eine Herausforderung für Luxemburg. Der dieses Jahr erstmals veröffentlichte nationale Bildungsbericht identifiziert große soziale Benachteiligungen in Luxemburgs Bildungswesen. Für Linster ist dabei klar, „dass wir, wie viele noch heute meinen, sozusagen

um die Gesamtschule betrogen wurden, denn erst ihre Durchführung hätte zeigen können, was die Gesamtschule zu leisten vermag“ – nicht zuletzt für Bildungsgleichheit in Luxemburg. Stattdessen ist die Gesamtschule in Luxemburg ein „Tabuthema“ geworden, und das nicht zuletzt als Folge der hitzigen Debatten der 70er-Jahre.

Die historischen Quellen zeugen jedenfalls von einer bildungspolitischen Initiative, die Gleichheit und Demokratie für die zukünftigen Generationen der Luxemburgerinnen und Luxemburger verwirklichen wollte. Im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern konnte die Initiative jedoch gegen den starken Widerstand der konservativen Parteien und Sekundarlehrerinnen und -lehrer nicht umgesetzt werden, nicht zuletzt auch aufgrund der beschränkten Regierungszeit der LSAP.

In Skandinavien hingegen hatten linke Parteien eine kontinuierliche Mehrheit im Parlament und konnten die Gesamtschulreform trotz des Widerstandes der Sekundarschullehrenden, der auch dort massiv war, vollständig implementieren.

Info

„Educating the future citizens. Curriculum and the formation of multilingual societies in Luxembourg and Switzerland“

Von 25. bis 27. Februar wird das Projekt „Educating the future citizens. Curriculum and the formation of multilingual societies in Luxembourg and Switzerland“ eine internationale Konferenz zu dem Thema in Luxemburg abhalten.

In Vorträgen werden, basierend auf internationalen Fallstudien, theoretische und methodologische Aspekte der „curriculum history“ als distinkte Vorgehensweise in den historischen Erziehungswissenschaften vorgestellt und diskutiert. Diese individuellen Reflexionen werden von etablierten Expertinnen und Experten im Feld der Curriculum Studies kommentiert.

Infos: efc.uni.lu.

Die Gesamtschule ist in Luxemburg ein 'Tabuthema' geworden und das nicht zuletzt als Folge der hitzigen Debatten der 70er-Jahre

